Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 71. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 24. März 1933. | 15. Jahrgang.

Wenn du das Beste will,
Und niemand will es fassen,
Tu', was noch besser ist:
Sei ruhig und gelassen.

Bagatzky.

Die polnische Bewegung in Deutschland

Vor dem Weltkriege war das Polentum politisch und staatlich machtlos. Niemand kann aber der polnischen Bewegung vor dem Kriege, der jeder staatliche Rückhalt fehlte, seine Achtung versagen. Fanatisch kämpften polnische Patrioten für einen freien Staat, die meisten außerhalb ihrer Heimat. Künstler und Schriftsteller opferten ihr Können mit einem bewundernswerten Idealismus für ihr Traumbild: einen freien polnischen Staat. Im Auslande hatte man schon früh für den polnischen Gedanken geworben, in allen Ländern bestanden Sympathien für das Polentum. Die deutsche Regierung war es, die in ihrem Gerechtigkeitsgefühl das von den Russen unterdrückte polnische Volkstum befreite und ihm eine staatliche Eigenentwicklung sicherte; man mußte aber später, als es zu spät war, erkennen, daß man die Unersättlichkeit der Polen außer acht gelassen hatte. Gierig streckten nun, als der Krieg zu Ende war, die Polen ihre Hände nach urdeutschem Lande aus. Gefälschte Statistiken und Karten legte man denen vor, die ohne die geringste Kenntnis der Dinge über das Schicksal der deutschen Ostgrenzen zu entscheiden hatten. Die Zähe Arbeit, die man jahrzehntelang in Amerika geleistet hatte, trug ihre Früchte. Polens Wünsche wurden in Versailles erfüllt, mit unglaublicher Willkür wurde bei der Ziehung der neuen Grenzen verfahren.

Wie stand es denn vor dem Kriege mit der polnischen Bewegung in Deutschland? In Schlesien, das das unersättliche Polen ganz annektieren wollte, hat es vor dem Kriege eine ausgesprochen polnische Bewegung nie gegeben. War doch dieses Land seit Jahrhunderen deutsches Gebiet. In Teilen Oberschlesiens wohnt tatsächlich ein Volksstamm mit slawischem Einschlag, der eine Sprache spricht die mit dem Hochpolnischen nur noch sehr wenig Verwandtschaft hat. Die Bevölkerung hat sich stets als Deutsche gefühlt und es beleidigt zurückgewiesen, mit den Polen auf eine Stufe gestellt zu werden. Man spricht heute noch, wir vor Jahrhunderten, sein Dialekt, das „Wasserpolnische", ohne aber dabei das Hochdeutsche zurückzuweisen. Daß die katholische Bevölkerung in der Zeit des Kulturkampfes, ebenso wie die Mehrzahl der übrigen deutschen Katholiken, in Opposition zur Regierung stand, hat mit „polnischer Bewegung" aber auch gar nichts zu tun. Nichts konnte deutlicher die Stellung der Bevölkerung zeigen, als die Volksabstimmung, die auf Grund des Versailler Vertrages in Oberschlesien stattfinden mußte. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung entschied sich damals für Verbleiben bei Deutschland, trotz des ausgeübten Terrors, des unglücklichen Kriegsausgangs und der unglaublichsten Versprechungen der neuen „Sieger" und Machthaber. Daß diese Momente nicht zu Deutschlands Gunsten lagen, liegt auf der Hand und beweist um so mehr den Wert der Abstimmung, die ja auf die willkürliche Festlegung der Grenzen übrigens keinerlei praktischen Einfluß ausgeübt hat.

Die polnischen Ansprüche auf Masuren sind noch bodenloser und lächerlicher. Keine zwei Prozent der Bevölkerung gaben bei der dort durchgeführten Abstimmung ihre Stimme für Polen ab. In Masuren wohnt auch eine Bevölkerung, die zwar einen slawischen Dialekt spricht, aber mit den Polen nicht verwechselt werden möchte. Und der Pole, der den Masuren erzählen möchte, daß sie seine „Brüder" seien, würde wohl von seinen masurischen Brüdern eine sehr handgreifliche deutliche Antwort bekommen. Durch das evangelische Bekenntnis ist die Bevölkerung nur noch enger mit den übrigen Preußen verbunden, als die übrigen slawisch sprechenden Deutschen. Die katholische Bevölkerung des Ermlandes aber steht den Masuren in ihrem Bekenntnis zum Deutschtum nicht nach. Auch hier wies man immer die unverschämten polnischen Ansprüche auf dieses deutsche Land energisch zurück.

Wo die Versailler Diktatoren eine Volksabstimmung zuließen, wurde diese zu einer begeisterten Kundgebung für das Deutschtum. Und in den ohne Volksbefragung abgetrennten Gebieten wäre es wohl auch nicht anders geworden. Die Deutschen Pommerellens und Westpreußens hätten gewiß ebenso wie ihre Brüder in Oberschlesien und den Masuren, sich zu ihrem deutschen Vaterlande bekannt. Daß ein Teil der Westpreußen und Posener polnisch spricht, wäre wahrlich kein Hindernis gewesen. Und die Danziger Frage, wie würde sie aussehen, wenn man sich nach einer Volksabstimmung gerichtet hätte oder noch richten würde?

Etwas anders mögen die Dinge in Teilen der Provinz Posen liegen, hier gab es tatsächlich vor dem Kriege eine sehr gut organisierte Polenbewegung, die sich in Genossenschaften zusammengeschlossen hatte, welche nicht nur an das wirtschaftliche Wohl ihrer Mitglieder dachten, sondern vor allem auch politischen und nicht zuletzt kulturellen Zielen nachstrebten. Die unter Leitung von katholischen Geistlichen stehenden Organisationen konnten sich unter der preußischen Regierung — die in der Polenfrage sehr ungeschickt und zum Teil zurückhaltend war — tatsächlich zu einem „Staat im Staate" entwickeln. So ist es kein Wunder, daß viele bedeutende Persönlichkeiten des heutigen Polens aus dem Posenschen stammen und daß die Provinz Posen eine Hochburg des polnischen Nationalismus wurde. Selbstverständlich gibt es auch in der ehemaligen Provinz Posen deutsche und deutschgesinnte Bezirke, während der östliche Teil dieser Provinz zweifellos polnisch ist.

Die ungerechte Ziehung der Grenzen ist eine Tatsache, der sich niemand verschließen kann. Es ist die Pflicht der Deutschen, dem Auslande zu zeigen, was Versailles im Osten anrichtete, wie hochstehende deutsche Minderheiten von halbzivilisierten Völkerschaften behandelt werden. Polen ist ein Land, dessen Bevölkerung zu mehr als ⅓, selbst nach polnischen Statistiken, aus Minderheiten besteht, aus Minderheiten, die natürlich in den entsprechenden Grenzgebieten eine Mehrheit formen. Und trotz dieser geraubten Beute will Polen noch mehr fremdes Land; es schaut gierig auf Schlesien, Ostpreußen und Danzig, und die polnischen Nationalisten pflegen auf die alten Grenzen hinzuweisen, die einst der polnische Adler beherrschte. Erst wenn diese Grenzen, bis zur Elbe, verwirklicht seien, und Preußen nicht mehr existiere, erst dann sei Polens Mission erfüllt.

Das Ausland wird langsam von der Unhaltbarkeit der Zustände, die man im Osten schuf, überzeugt. Hier setzt nun die polnische Arbeit ein. Die Polen geben „objektive" Berichte heraus, die auf Grund von Zahlen und Karten beweisen sollen, wie gerecht die Grenzen und wie unverschämt Deutschlands Ansprüche seien, das in seinen Grenzen noch eine Million von Polen unterdrücke, die den Tag der „Heimkehr" sehnlichst erwarteten. So erscheinen in Warschau die „Questions Minoritaires", eine Monatsschrift, ein pseudowissenschaftliches Organ, das die „gerechte Grenzziehung" zu verteidigen sucht. Organisationen wie die „Amis de la Pologne" in Frankreich, sind bedeutsame Propagandavereinigungen im Auslande, deren Zeitschriften sehr verbreitet sind. Vor allem arbeitet man aber bei den Minderheiten selbst, wo man Zeitschriften in der Sprache der betreffenden Minderheiten erscheinen läßt, die die Ukrainer, Russen, Deutschen usw. zunächst ihrem Volkstum und dann ihrer Nationalität entfremden sollen. Eine gewaltige Arbeit leisten die Polen. Doch das primitivste Mittel, um die Minderheiten auszurotten, ist noch immer das beliebteste: gewaltsamer Kampf gegen alles, was noch nicht polnisch ist. Verhaftungen, Zeitungsverbote und Schulschließungen sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Anstatt zufrieden zu sein mit dem, was man hat, arbeiten die Polen aber auch noch in Deutschland bei ihren unerlösten Brüder". Wir sahen oben, daß es noch eine slawisch sprechende Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten gibt, die sich politisch aber zu Deutschland bekennt. Das läßt sich durch nichts besser beweisen, als durch die Wahlen der letzten Jahre. Seit Jahren ist es den deutschen Polen schon nicht mehr möglich, einen Parlamentsabgeordneten durchzubringen, nur noch im schlesischen Provinzialandtag und in einzelnen Gemeindevertretungen sitzen polnische Vertreter. Und die Polen können sich wirklich nicht über irgendwelche Schikanen der bisherigen preußischen Regierungen beklagen, eher im Gegenteil. Die Polen konnten sich frei entwickeln. Daß sie politisch in keiner Weise an Bedeutung gewinnen konnten, beweist, wie sich die slawisch sprechenden Deutschen als „Polen" fühlen!

Und es sind dumme Ablenkungsmanöver, wenn die in Deutschland erscheinenden polnischen Zeitungen schreiben, durch die neuen Wahlbestimmungen sei es den Polen unmöglich gemacht worden, ihre Vertreter in den Reichstag zu senden — in dem sie ja auch bisher schon lange nicht mehr vertreten waren, weil sie die nötigen Stimmen nicht aufbrachten. Auch zu einem Landtagsmandat in Preußen hat es schon lange nicht mehr gereicht.

Im Industriegebiet, auch in Berlin, gibt es polnische Arbeiter, die bis heute an ihrem Polentum festgehalten haben, eine lobenswerte Tatsache. Es ist das gute Recht der Polen — wie aller Nationalitäten —, ihre kulturelle Eigenart zu bewahren und ihr Volkstum hochzuhalten. Kein Mensch in Deutschland hat etwas dagegen, wenn polnische Schulen für die Polen errichtet werden und polnische Zeitungen in Deutschland erscheinen. So erscheint mitten im Ruhrgebiet der „Narod" (Herne), in Berlin der „Dziennik Berlinski", beides Tageszeitungen, und das Wochenblatt „Glos Polski z Berlina". Diese Blätter haben ja, wenn sie zum Teil auch eine recht radikale Sprache riskieren, keine Grenzlandaufgabe zu erfüllen, das kommt vielmehr den zahlreichen an der Grenze erscheinenden Blättern zu.

Erst in letzter Zeit haben sich aus sehr verständlichen Gründen diese Blätter eine gewisse Mäßigung auferlegen müssen, dennoch ist die Sprache häufig sehr dreist. Polnische selbständige Zeitungen erscheinen in Allenstein, Ortelsburg, Beuthen, Flatow usw., in Oppeln erscheinen nicht weniger als drei Tageblätter in polnischer Sprache! Man bedenke doch die seltsame Tatsache, daß die Polen keinen einzigen Landtags- oder Reichstagsabgeordneten ins Parlament schicken können, aber daß eine Unmenge polnischer selbständiger Tageszeitungen existieren, von denen oben nur ein Teil erwähnt ist (bezw. um die unaussprechlichen Namen zu sparen, wurden nur die Erscheinungsorte angegeben). Ob diese Blätter wirklich aus eigenen Mitteln bestehen können? Diese Blätter, die durchweg eine radikale polnische Politik befürworten, die häufig die von der Loyalität gesetzten Grenzen überschreitet, vertreten keineswegs die polnisch sprechende Bevölkerung. Doch ist es äußerst gefährlich, daß das Volk von diesen Blättern aufgehetzt wird. Noch treiben diese Polenblätter eine Politik, die das Volk an unseren Ostgrenzen ablehnt, noch ist der „Polenbund" nicht der Fürsprecher aller polnisch und slawisch sprechenden Deutschen. Aber soll man die polnische Hetze weiter wirken lassen?

Zwei Beispiele mögen genügen, um auf die Hetze der Polen gegen die Deutschen hinzuweisen, die eine glühende Liebe zu Polen ergänzt: Die „Nowiny Codzienne", Nr. 41 vom 19. 2. 33 — schon zur Zeit der Pressenotverordnung, früher war's noch schlimmer — schreibt: „ Sie (die Deutschen) sind ins schlesische Land gekommen, sie haben in den Städten die Fahne der Germanisation gehißt" . . . „Sie (die Deutschen) sind durch das Merkmal des preußischen Geistes gebrandmarkt und . . schlagen sich, infolge der Unmöglichkeit, die Macht des polnischen Volkes zu brechen." „Die Deutschen sind keine Oberschlesier, wirkliche Oberschlesier sind die Polen!"

Das polnische Hetzblatt aus Ortelsburg, der „Mazur", schreibt, Nr. 17, 1. 3. 33: „... Unserem Blut und unserer Sprache nach stammen wir doch aus Polen. . . Aber selbst, wenn wir im Antlitz Polens Mängel wahrnehmen würden, müßten wir es ehren und lieben!"

„Wie eine Mutter ihr Kind, auch wenn es unschön und unartig wäre, lieben muß, wie ein Kind seine Mutter ohne Rücksicht auf ihre Fehler und Gebrechen lieben muß, ebenso müssen die Polen die Masuren und wir andererseits Polen lieben . ." Weiter heißt es: „Zu den Waffen, polnisches Volk! Eile zu den Waffen! Unsere königliche Majestät, unsere polnische Majestät wird mit den Füßen getreten! Unsere Scholle wird an fremde Hände verkauft! Unbilden, Verwünschungen nehmen überhand, man verhöhnt unsere Blindheit . . ."

Diese Hetze reiht sich würdig den dauernden polnischen Provokationen an, die sich Deutschland in Danzig und im Osten bieten lassen muß. Das paßt alles sehr gut in den Rahmen der Tätigkeit des polnischen Westmarkenvereins, der in Westpolen „arbeitet". Nur die wenigsten Volksgenossen werden aber wahrscheinlich wissen, daß es im Reiche Hilfsorganisationen für die polnischen Imperialisten gibt, wie die polnisch-nationale Presse in den Ostgebieten, die noch keinen Einfluß auf die Bevölkerung gewinnen konnte. — Lassen wir nur die Hetzer nicht ungesehen arbeiten!

Noch träumt man in Polen von den Grenzen, die bis über die Oder hinausreichten, von den slawischen Ländern, die sich bis hinter Berlin erstreckten" (Kurjer Poznanski, 20. 2. 33). — Achten wir darauf, daß das, was deutsch war, deutsch bleibt! R.

Notverordnung unterzeichnet

Berlin, 23. März.

Reichspräsident von Hindenburg hat nunmehr die angekündigten Notverordnungen über den Erlaß einer Amnestie und die Maßnahmen zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung unterzeichnet. Der Charakter der Amnestie ist in den Bestimmungen eindeutig dahingehend festgelegt, daß lediglich politische Straftaten amnestiert werden sollen und rein kriminelle Delikte ausgeschaltet bleiben.

411 Stadt. Biblio... S 839

Lösungsversuche der Spannungen zwischen Volk und Staat

von der französischen Revolution bis zur Gegenwart.

(Das Problem der berufsständischen Vertretungen.)

Der gegenwärtige Prozeß des geschichtlichen Werdens wird uns eine Beseitigung des Ideeninhaltes der französischen Revolution auf allen Gebieten bringen, die durch diesen Fremdkörper im deutschen Wesen verseucht sind. Der Durchbruch des nationalrevolutionären Geistes in der Politik wird sich in allen Einrichtungen des Staates, bis zu den letzten Fasern, insofern mit besonderer Wucht auswirken, als zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Volkes das Mißverhältnis zwischen Staatsform und Bau des Volkskörpers sich zu lösen beginnt.

Das formale Prinzip aller Revolutionen: Machtergreifung im Staate durch neu heraufdrängende Schichten, wird auch für die jetzt durch den Flaggenerlaß staatlich sanktionierte deutsche Revolution des Jahres 1933 die Frage nach dem „Wie" besonders in den Vordergrund stellen und ein Rückblick auf die Lösungsversuche im deutschen Geschichtsraum seit 1789 kann im Sinne Kriecks auf die Tatwerdung im „Dritten Reich" nur fördernd wirken.

Der Kern unseres Volkes hat sich nunmehr auch mit formaler Mehrheit gegen den geistigen Einfluß von Paris und Moskau entschieden. Nunmehr wäre es grundverkehrt, wollten wir eine Lösung unserer deutschen Verhältnisse lediglich von einer Kopie Roms erwarten. Aber wie wunderbar hat auch hier schon eine gütige Vorsehung das Symbol gegeben: Die Kirche zu Potsdam! Damit ist die Verbindung geschaffen, die unserem deutschen Wesen am Tiefsten entspricht: Preußentum der Pflichterfüllung, des Dienstes fürs Vaterland und der Geist einer bußfertigen Vaterlandsliebe, wie er durch das Werk Luthers von der Wartburg her dem deutschen Volke und der Welt zugeleitet wurde.

Das Kreuz der Wartburg und das Glockenspiel der Potsdamer Garnisonkirche zeigen dem deutschen Volke den Weg zur inneren Befreiung, aus der allein die äußere Befreiung kommen kann. Wenn der Herr Reichspräsident, dem die junge Generation freudig und gern Dank zollt, daß er den Durchbruch zu ihr gewagt hat, am Sarge Friedrichs des Großen den Kranz niederlegt, dann hoffen wir, daß damit eine Epoche in der deutschen Geschichte einleitet, von der wir mit Stolz bekennen mit dem Dichter: „Vaterland, in tausend Jahren ward dir solch ein Frühling kaum . . ."

Seit der französischen Revolution ringen Stände und Parteien auch in Deutschland darum, dem Staate das Gepräge ihres eigenen Wesens zu geben. Die drei Grundkräfte, auf denen das Gemeinwesen beruhte, waren: Landwirtschaft, Industrie, Bildungswesen. Die Macht im Staate hatten die alten Landstände inne: Prälaten, Ritterschaft, Städte. Hier und da war schon in einzelnen deutschen Ländern die freie Bauernschaft als neuer Stand hinzugekommen. So konnte das Wahlrecht aufgebaut werden auf dem grundbesitzenden Adel, dem städtischen Bürgertum und der freien Bauernschaft, wo sie vorhanden war. Arbeiter, Gesellen, Dienstboten und Taglöhner waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Bis zum Jahre 1848 zeigte die eWiterentwicklung drei treibende Kräfte: 1. Die alten Geburtsstände, die im konservativen Sinne danach trachteten, frühere Vorrechte zu erhalten oder wiederzuerlangen. 2. Das aufstrebende Bürgertum, das im Zeitalter der „Vernunft" Träger eines liberalen u. fortschrittlichen Staatsgedankens sein wollte. 3. Die Regierung, die zwischen beiden schwankte. Das ständisch gegliederte Wahlrecht hat gegenüber dem allgemeinen gleichen Wahlrecht den Vorzug, da ja die breiten Massen noch nicht als gesellschaftliche Kräfte zur Geltung kommen.

Die Staatstheoretiker bewegt die Frage: Wie sichert man dem verständigeren und nach dem Charakter zuverlässigeren Teil des Volkes das Uebergewicht beim Wahlakt? Zwei Lehrmeinungen standen sich gegenüber:

Der Rationalismus, der künstlich ausgedachte Verfassungen durchsetzen wollte, und die organische Staatslehre, die nur aus den geschichtlichen Wachstumsbedingungen heraus neu gestalten wollte. Für die Zeit von 1789—1848 kann man also im allgemeinen sagen, daß Praxis und Theorie überwiegend die ständische Gliederung der Volksvertretung fordern. Die führenden Schichten können so am besten ihre Ansprüche an den Staat verfassungsmäßig festlegen. Sie werden darin wenig gestört, da das Proletariat noch nicht als organisierte Macht auftritt.

In dem zweiten Geschichtsabschnitt von 1848 bis 1918 gerät der berufsständische Gedanke mehr und mehr unter den Einfluß des modernen Parteilebens. Die Ereignisse des Jahres 1848 hatten sogar zur gänzlichen Verdrängung durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht geführt. Die breiten Massen konnten sich damit nicht durchsetzen. Preußen führte am 30. Mai 1849 das Dreiklassenwahlrecht ein. Mit dem Nachlassen der revolutionären Welle hatte der Geburts- und Beamtenadel die Führung übernommen und rang mit dem Bürgertum um seine Vormachtstellung, bei welchem mittlerweile das Verständnis für die Bedeutung des Zahlenverhältnisses in der Stimmenverteilung gewachsen war. Mit der Kraftsteigerung bürgerlicher Energien in der Großindustrie wuchs der neue Stand der Industriearbeiterschaft und mit ihm eine Fülle ungelöster Fragen. Die herrschenden Klassen suchten die Arbeiterschaft durch ständische Ideen zu gewinnen. Der Adel spekulierte auf die Königstreue u. die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus. Das Bürgertum zog sich mit dem Gedanken: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, den Marxismus groß, die letzten Reste von Sympathie für das ständische Wahlrecht schwinden, je größer der zahlenmäßige Anteil der Arbeiterschaft wird. 1870 sind die in der Vergangenheit wurzelnden Formen einer ständischen Vertretung endgültig überwunden.

Durch Freiherrn vom Stein hatte man aber doch gelernt, den Versuch, die Spannung zwischen Volk und Staat in Form der ständ. Vertretung zu lösen, unter einem neuen Gesichtspunkt zu betrachten, nämlich dem, daß die Stände beratend neben der Regierung stehen sollten, damit diese die Bedürfnisse des Volkes besser kennenlernen könnte. Der Gedanke an „Volksrepräsentanten" wurde aber dabei noch durch Friedrich Wilhelm IV. scharf zurückgewiesen.

In der Theorie wird weiter eifrig am Ausbau des berufsständischen Gedankens gearbeitet. Vorläufer der neuen Lehre ist der Franzose Simonde de Sismondi: Er betont, daß jede Mehrheitsherrschaft eine Unterdrückung eines Volksteils durch den andern bedeute und daß stattdessen Klassenversöhnung zur Grundlage des Staatslebens gemacht werden müsse. Karl Levita (Jude?) bringt wieder einen neuen Gesichtspunkt: In der Volksvertretung müßten alle Interessen und Gruppen einzeln vertreten sein. In den geschlossen auftretenden großen Ständen sieht er einen Rückfall in den mittelalterlichen Feudalstaat. Er macht den Vorschlag, die Gemeindevertretungen bereits auf der berufsständischen Gliederung aufzubauen.

Erwähnenswert für die damalige Zeit ist noch die Auffassung Karl Chr. Plancks in seinem „System des Berufsstaates (1852). Er sieht die Rettung in der Errichtung einer neuen Staatsordnung auf der Grundlage von Berufsgenossenschaften, welche nach oben hin ausgebaut, das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben im Sinne der Verantwortung gegenüber der Gesamtheit planmäßig lenken sollen. Für diesen organischen Berufsstaat fordert er als Staatsoberhaupt einen auf Lebenszeit gewählten unverantwortlichen Regenten.

Während die Theoretiker noch nachsinnen, haben sich die Parteien durchgesetzt. In der Person Bismarcks lebte das ganze Hin und Her der Entwicklung noch einmal auf. Er versuchte eine Einigung der Stände mit einer Bevorzugung des Adelsstandes zu verknüpfen, mußte sich aber mit den Parteien im neuen Reichstag herumschlagen, strebte daher als Gegengewicht den Volkswirtschaftsrat an. Doch kann er den Gedanken der Volkwerdung der deutschen Nation selbst nicht mehr zu Ende führen, da ihn die Vorsehung dazu ausersehen hatte, zunächst eine Einigung der deutschen Stämme herbeizuführen. Als der Gedanke der Einigung der deutschen Stämme in ihm reifte, war seine staatsmännische Kraft bereits erschöpft. Das deutsche Volk mußte warten, bis der Mann kam, der hier zur Lösung berufen war: Adolf Hitler!

Bis 1918 treten wesentlich neue Gedanken über das Problem der berufsständischen Vertretung nicht mehr in Erscheinung. Man erforscht mit wissenschaftlichen Mitteln den „Parlamentarismus", hofft, daß er an seinen Fehlern zugrunde gehen werde und daß sich schon irgendwie eine neue staatsrechtliche Form herauskristallisieren werde. Geistig hochstehende Personen wenden sich immer mehr von dem „garstigen Lied" der Politik ab. Bestrebungen auf Abänderungen des Wahlrechts sind als „reaktionär" diskreditiert.

Schluß folgt.

Die Brandstiftung im Reichstag

Van der Lübbe unterhielt Beziehungen zu den Urhebern des Attentats in der Kathedrale von Sofia.

Berlin, 23. März.

Der mit der Aufklärung des Reichstagsbrandes befaßte Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Reichsgerichtsrat Vogt, hat mit Rücksicht auf die in der Oeffentlichkeit verbreiteten falschen Nachrichten dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda folgende Mitteilung zur Veröffentlichung übergeben:

„Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß der als Brandstifter des Reichstagsgebäudes verhaftete holländische Kommunist van der Lübbe in der Zeit unmittelbar vor dem Brande nicht nur mit deutschen Kommunisten in Verbindung gestanden hat, sondern auch mit ausländischen Kommunisten, darunter solchen, die wegen des Attentats in der Kathedrale von Sofia im Jahre 1925 zum Tode bzw. zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Die in Frage stehenden Personen befinden sich in Haft. Dafür, daß nichtkommunistische Kreise mit dem Reichstagsbrand in Beziehung stehen, haben die Ermittlungen nicht den geringsten Anhalt ergeben."

Atempause der Abrüstungskonferenz

Genf, 22. März.

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen ist von henderson überraschend bekanntgegeben worden, daß der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz zusammentreten werde, um über die Frage einer Vertagung der Konferenz bis nach Ostern Beschluß zu fassen.

Ehrung des Regierungspräsidenten Dr. Hagemeister-Minden im Städt. Museum Bielefeld.

Am letzten Sonnabend nachmittag veranstaltete der Minden-Ravensbergische Hauptverein für Heimatschutz u. Denkmalspflege eine schlichte, würdige Feier anläßlich des Abschiedes des Regierungspräsidenten Dr. Hagemeister-Minden. Dieser tritt nunmehr infolge der Erreichung der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand. Er hat sich gerade als Vorsitzender des Hauptvereins um den Heimatschutz und die Denkmalpflege in Minden-Ravensberg große Verdienste erworben. Eine stattliche Zahl von Vertretern der kommunalen und Kreisbehörden, der Museen sowie der Geschichts- u. Heimatvereine, der Schützengesellschaft und anderer nationaler Verbände versammelten sich in der Ehrenhalle des Museums um den scheidenden Regierungspräsidenten. Der zweite Vorsitzende, Oberbürgermeister a. D. Dr. Stapenhorst, richtete an ihn herzliche Worte der Dankbarkeit für alles das, was er im Sinne der Heimatschutzbestrebungen während der Dauer seiner 12-jährigen Amtszeit getan habe. Sein Andenken werde in hohen Ehren gehalten. Um aber die Erinnerung an die Wirksamkeit des Regierungspräsidenten Dr. Hagemeister auch für spätere Zeiten dauernd festzuhalten, habe der Minden-Ravensbergische Hauptverein für Heimatschutz und Denkmalspflege in der Ehrenhalle des Städt. Museums in Bielefeld eine lebensvolle Bronzebüste von Künstlerhand aufgestellt. Es handelt sich um ein ausgezeichnet gelungenes Werk des jungen Bielefelder Bildhauers Werner Hagemeister, dessen Plastiken in der Johanniskirche zu Bielefeld und dessen Brunnen am Wellensiek weiteren Kreisen bekannt geworden sind.

Es folgten im Vortragssaale des Museums ein paar behagliche Stunden an festlich geschmückter Kaffeetafel. Dabei hielt der Geschäftsführer des Minden-Ravensbergischen Hauptvereins, Museumsdirektor Dr. Schoneweg, einen Vortrag über die Tätigkeit und Erfolge des Minden-Ravensbergischen Hauptvereins im Verlaufe der letzten 25. Jahre. Verdientermaßen hob er dabei die Wirksamkeit des Vereins während der Amtszeit des Regierungspräsidenten Dr. Hagemeister hervor. So wurde im Jahre 1925 die große Gefahr der Verunstaltung der Porta Westfalika verhindert. Es waren auf der Südseite des Jakobsberges Kahlschläge, vor allem aber die Anlage von Steinbrüchen geplant. Die gefährdeten Stellen wurden auf Veranlassung des Minden-Ravensbergischen Hauptvereins angekauft. Eine zweite Gefahr, die der Porta Westfalika drohte, nämlich der Bau von Masten für Telefon- und Lichtleitungen am Südhange des Jakobsberges, wurde ebenfalls im allerletzten Augenblicke durch geeignete Verhandlungen mit den zuständigen Stellen verhindert u. eine andere Linienführung für die Telefon- und Lichtleitungen erreicht. Erwähnt sei der nachhaltige Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt, das erfolgreiche Einschreiten gegen die Anlage von Vogelherden im Bezirk von Wiedenbrück, wo man alle möglichen Vögel, so auch z. B. Drosseln fing, um sie als Krammetsvögel in das Industriegebiet zu verschicken. Verwiesen sei auch auf die Verdienste des Minden-Ravensbergischen Hauptvereins im Hinblick auf die Erhaltung alter Stadtbilder und Baudenkmäler. Aber auch Mißerfolge sind zu verzeichnen. Die fast in jeder Sitzung angeregte Erhaltung von Schloß Holtfeld im Kreise Halle führte zu keinem praktischen Ergebnis, da die Kosten die Leistungsfähigkeit des Vereins überschritten. Das Schicksal des einzig schönen Renaissance-Schlosses Holtfeld ist wohl unabänderlich besiegelt. Das Schloß wird über kurz oder lang zusammenstürzen.

Auch den vorgeschichtlichen Bodenaltertümern wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Hingewiesen sei vor allem auf die Verdienste der Oberstudienräte Professor Langewiesche-Bünde und Dr. Puls-Bielefeld. Auch an der Veröffentlichung wissenschaftlicher und volkstümlicher Werke hat sich der Minden-Ravensbergische Hauptverein führend beteiligt. Hervorgehoben seien die Arbeiten von Professor Dr. Hartwig zur Sammlung der plattdeutschen Tier- und Pflanzennamen, das Buch von Superintendent D. Niemöller über „Enger, die Wittekindsstadt in Sage und Geschichte", und das Werk von Justizrat Dr. Meyer „Ein niederdeutsches Dorf am Ende des 19. Jahrhunderts". Die letztere tiefgründige Studie über das Dorf Windheim im Kreise Minden hat auch bei der zünftigen Wissenschaft größte Beachtung gefunden. Erinnert sei ferne auch an das von Dr. Schoneweg im Auftrage des Hauptvereins herausgegebene Minden-Ravensbergische Heimatbuch, dessen erste Auflage in Höhe von 3000 Stück in 7 Wochen verkauft wurde und dessen zweite Auflage in Höhe von ebenfalls 3000 Stück bald vergriffen sein wird.

Die Geschichts- und Heimatvereine, ferner die Museen Minden-Ravensbergs sind während der Amtszeit des Regierungspräsidenten Dr. Hagemeister sichtbar aufgeblüht. Museumsdirektor Dr. Schoneweg wies in seinem Vortrage darauf hin, daß man von Anfang an das sichere Gefühl gehabt habe, Regierungspräsident Dr. Hagemeister sei mit ganzem Herzen dabei, gerade wo es sich um die Förderung der Heimatschutzbestrebungen handele. Durch sein ganzes Wirken habe als Leitmotiv ein Vers aus dem alten Drehorgelliede geklungen „Was man aus Liebe tut, das geht noch mal so gut." Der Redner sprach dem Hauptverein herzlichen Dank dafür aus, daß er durch die Aufstellung der Büste des Regierungspräsidenten in der Ehrenhalle des Museeums das Andenken festhalte an den Mann, der für den engeren und weiteren Aufgabenkreis des Heimatschutzes und der Denkmalspflege stets so besonders liebevolles Verständnis gehabt habe.

Sodann nahm Regierungspräsident Dr. Hagemeister das Wort zu tiefempfundenen Ausführungen des Dankes. Er sei zwar Pommer von Geburt, habe sich aber nirgendwo so heimisch gefühlt wie im schönen Minden-Ravensberger Lande, und in seiner ganzen Tätigkeit sei ihm die Arbeit im Sinne des Heimatschutzes und der Denkmalpflege die liebste gewesen.

Daran schloß sich ein kurzer Lichtbildervortrag von Rektor Meise über die letzte vom Städt. Museum in die Wege geleitete frühgeschichtliche Grabung an der Waterbör bei Bielefeld. Eine Führung durch eine zu diesem Zweck hergerichtete Sonderausstellung schloß die wohlgelungene Feier ab. Regierungspräsident Dr. Hagemeister hat als Ruhesitz die Stadt Bonn am Rhein gewählt.

Der Landtag eröffnet

Das Präsidium wiedergewählt — Aenderung der Geschäftsordnung

Einen Tag nach dem feierlichen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche trat auch der am 5. März gleichzeitig mit dem Reichstag neugewählte Preußische Landtag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten General Litzmann zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die 211 nationalsozialistischen Abgeordneten nahmen an der Sitzung in Uniform teil. In der früheren Hofloge bemerkte man den Prinzen August Wilhelm in der SA.-Uniform. Auf dem Landtagsgebäude und ebenso auf dem früheren Herrenhaus wehte die schwarz-weiße Landesfahne und rechts und links von ihr die Hakenkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Fahne.

Der Plenarsitzungssaal hatte eine besonders feierliche Ausschmückung erhalten. An der Wand hinter dem Präsidentengestühl waren, an den Seiten mit Pflanzengrün umrankt, die Hakenkreuzflagge, die schwarz-weiße und die schwarz-weiß-rote Fahne angebracht. Auf und vor der Regierungsempore sowie um das Rednerpult herum war eine geschmackvolle gärtnerische Ausschmückung, bestehend aus Goldregen, Eugenien und Kenzien angebracht, so daß der ganze Sitzungssaal ein feierlich schönes Aussehen hatte, wie bisher zu keiner Arbeitssitzung des Preußenparlaments.

Als der Alterspräsident, General Litzmann, das Präsidentengestühl betrat, erhob sich die nationalsozialistische Fraktion von den Plätzen und grüßte den General mit dem Hitler-Gruß. In seiner Eröffnungsansprache führte

General Litzmann

aus:

„Es ist eine besondere Ehre und Freude für mich, noch einmal als Alterspräsident den Landtag eröffnen zu dürfen, gerade diesen Landtag, den ich den Landtag des Hitler-Frühlings nennen möchte. Wer sich über die Bedeutung dieses Frühlings noch nicht im klaren war, dem werden durch den unvergeßlichen gestrigen Tag in Potsdam und in der Kroll-Oper die Augen aufgegangen sein, wenn er nicht geistig blind geworden ist und sich weigert, sehen zu wollen. In der feierlichen Stimmung dieser Stunde ist es mir ein herzensbedürfnis, auszusprechen, daß jeder ehrliche Preuße und Deutsche der Geschichtsfälschung entgegenwirken muß, als wenn unsere nationale Bewegung, der nationale Umschwung irgendwelchen anderen Männern oder anderen Bewegungen zu danken wäre, als Adolf Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung. **Auch stelle ich fest, daß wir Nationalsozialisten keinen anderen Führer der deutschen Nation anerkennen als unseren Führer Adolf Hitler (stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten). In diesem Sinne eröffne ich den Landtag des Hitler-Frühlings."**

Das Wort erhielt dann der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion,

Abg. Kube

Redner führte u. a. aus:

Kein besserer Tag konnte für die Eröffnung bestimmt werden, als der Tag, an dem der letzte große Repräsentant auf dem Throne der Hohenzollern, Wilhelm I., seinem Volke geschenkt ward, jene ideale, schlichte und doch so große Persönlichkeit, die im Zusammenwirken mit Bismarck, Moltke und Roon das Bismarck-Reich schuf.

Wir Nationalsozialisten ehren die große Geschichte unseres Volkes. Wir Preußen haben allen Anlaß, die Tradition unseres Staates zu ehren. Wir ehren sie nicht besser, als daß wir darum der geschichtlichen Bedeutung des 22. März gedenken.

Nachdem Abg. Kube dann noch die Wiederwahl des Präsidenten Kerrl vorgeschlagen hatte, äußerte er sich über die Bedeutung des Umschwungs. „Es war am 7. Dezember 1925", so führte er aus, „da wurde als erster und einziger Nationalsozialist der Abg. Haake in diesen Landtag gewählt. Wenn man bei uns an Ritterlichkeit appelliert, dann möchte ich doch das eine nicht in Vergessenheit geraten lassen, wie man den Abg. Haake als einzigen Vertreter der Hitlerbewegung und wie man uns sechs nachher in diesem Hause en canaille behandelt hat. Man besaß die Schamlosigkeit, uns im Restaurant mit den beiden Polacken an einen Tisch setzen zu wollen. Man besaß weiter die Schamlosigkeit, einem Mann wie unserem schwerkriegsverletzten Kameraden Haake die Teilnahme an den Geschäftseinrichtungen des Hauses zu verweigern.

Der Mann, der dort saß, (auf den Platz des Ministerpräsidenten weisend), der Sozialdemokrat Dr. Otto Braun, ist inzwischen stiften gegangen (Heiterkeit) und hat das Preußen preisgegeben, das er lange Jahre hindurch drangsaliert und unterdrückt hat.

Wir werden jedem Gelegenheit geben, hier mitzuarbeiten, wer den Umschwung anerkennt, wer in den Richtlinien Hitlers und seines Kabinetts mitarbeiten will. Darüber hinaus werden wir der kommenden Regierung Preußens jedes Mittel zur Verfügung stellen, um die Pest des Marxismus endgültig aus dem deutschen Volke auszumerzen (Lebhafter stürmischer Beifall rechts).

Es ist stets die Aufgabe Preußens in der deutschen Geschichte gewesen, Opfer zu bringen. Preußen hat diese Opfer gebracht, und es wird sie auch weiter bringen. Preußentum und nationaler Sozialismus sind verschiedene Ausdrücke für dieselbe Sache.

Für Großdeutschland

Mit besonderer Freude begrüße ich acht Vertreter des nationalsozialistischen Deutsch-Oesterreich, die in diesem Saale weilen (Heil-Rufe). Als Führer der nationalsozialistischen Politik in diesem Hause und im Auftrage Adolf Hitlers erkläre ich:

Wir Preußen sind Großdeutsche und bleiben es, und wir werden unser Ziel erst erreicht haben, wenn das ganze Deutschland einschließlich Deutsch-Oesterreichs mit unserem Vaterlande in einem großen Staate verbunden ist, der dann der Weltmission der Deutschen dienen kann.

Ich glaube im Sinne einer sehr großen Mehrheit dieses Hauses sagen zu dürfen, daß das Volksurteil vom 5. und 12. März eine unbedingte Abkehr von den Methoden des 9. November 1918, von den Methoden von Weimar und von den Methoden der letzten vierzehn Jahre bedeutet! (Händeklatschen bei den Natsoz. und Dnat. und auf den Tribünen).

Das deutsche Volk, das uns und eine andere große Fraktion dieses Hauses gewählt hat, würde uns nicht begreifen, wenn wir nicht den 9. November 1918 mit Stumpf und Stiel aus jeder Lebensgestaltung der deutschen Nation ausschalteten. Es ist für uns Preußen eine Selbstverständlichkeit, daß die bolschewistische Mordpest dieses Haus nicht mehr betritt! (Stürm. Beifall).

Der Nationalsozialismus hat aus den breiten Massen des Arbeitertums heraus schwere Opfer an Gut und Blut gebracht, um ein sauberes Vaterland wiederherzustellen. Wenn gestern

die Augen der Welt auf Potsdam gerichtet

waren, so dürfen wir als Preußen das eine für uns in Anspruch nehmen: Wir haben als Nationalsozialisten im Rahmen unserer herrlichen Bewegung uns in Preußen stets als das dienende Glied der Gesamtheit betrachtet, als Soldaten Hitlers.

Es würde der Bedeutung dieser Stunde nicht entsprechen, wenn man nicht gleichzeitig die schwere Anklage an die richtet, die in diesen 14 Jahren die politische Macht des Staates dazu benutzt haben, um das Freiheitssehnen der Nation mit allen Mitteln niederzuhalten.

Wenn heute neben der alten Preußenfahne uns auch die schwarz-weiß-rote Fahne des Bismarck-Reiches grüßt und daneben das neue Banner, das den Umschwung in Deutschland herbeigeführt hat, dann sind wir Nationalsozialisten uns unserer schweren Verantwortung und unserer schweren Aufgaben für die Zukunft bewußt. Es wird in den folgenden Jahren in Deutschland harte Arbeit geben. Der Marxismus hat in Preußen am 5. März seine roten Fahnen eingerollt, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.

Der Führer der deutschnationalen Fraktion, Abg.

Dr. von Winterfeld,

der dann das Wort erhielt, führte aus: Wir Deutschnationalen stellen jede parteipolitische Empfindlichkeit zurück und erklären, daß wir uns von Herzen freuen, daß der nationale Umschwung gelungen ist (lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen). Wir stellen fest, daß wir den Kampf gegen den Marxismus von jeher auch an dieser Stelle geführt haben. Wir sind vertrauensvoll, daß nun, da der Umschwung gekommen ist, und der Marxismus am Boden liegt, um sich nie mehr zu erheben, für Preußen-Deutschland die bessere Zeit kommt. Wir wissen, daß das Nationale, das auch wir allem anderen voranstellen, unser Leitstern sein muß für die Zukunft. Dabei wollen wir zusammen kämpfen für Freiheit, Recht und Größe unseres Vaterlandes.

Und wenn wir heute zusammentreten am Geburtstag unseres alten Heldenkaisers, dürfen wir wohl heute, unserem alten Standpunkt gemäß, auch sagen, daß wir hoffen, daß einmal auch die Zeit wiederkommen wird, wo über Preußen-Deutschland die Hohenzollernkrone herrschen werde.

Als der Abg. Dr. von Winterfeld, dessen Schlußworte stürmischen Beifall in seiner Fraktion auslösten, sich auf seinen Platz zurückbegibt, geht der Führer der Nationalsozialisten, Abg. Kube, auf ihn zu und drückt ihm die Hand.

Präsidiumswahl durch Zuruf

Nach der Rede Dr. von Winterfelds wurde der bisherige nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl durch Zuruf wiedergewählt. Erster Vizepräsident wurde, gleichfalls auf Vorschlag der NSDAP., Abg. Haake (Natsoz.), zweiter Abg. Baumhoff (Zentrum) und dritter Abg. von Kries (Dnat.).

Präsident Kerrl

der dann das Wort nahm, fuhr fort: Es war für alle eine tiefinnere Freude, daß gerade General Litzmann diesen Landtag eröffnen durfte, er, der drei Menschenalter sah, der auf den Schlachtfeldern Frankreichs für das erste Deutsche Reich gekämpft hat und im großen Weltkriege der Sieger von Brzesiny war. Es war für ihn eine besondere Freude, nach 14 Jahren der Schmach den Landtag zu eröffnen, der in Preußen eine neue Epoche einleitet, wie sie gestern in Deutschland eingeleitet worden ist.

Ausgebrochen ist der nationale Frühling, die nationale Erhebung ist vor sich gegangen, die nationale Erhebung marschiert weiter, bis dereinst unter den neuen Flaggen das deutsche Volk nicht mehr in sich zerfallen ist in Klassen und Stände, sondern in sich einig geworden ist. Nationalismus und Sozialismus in ihrer Synthese erkannt hat und weiß, daß das Blut uns alle zusammengefügt hat und daß wir zu einer großen Gemeinschaft werden zu einem Sinn und Zweck: Deutschland, das ganze Deutschland muß es sein! Nicht ein Landtag des unnützen Redens wollen wir sein, sondern ein Landtag der Tat, und wir werden es sein!

Im weiteren Verlauf der Sitzung stimmt der Landtag dann noch dem nationalsozialistischen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung zu. Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Kleinspehn.

Das unheimliche Geschütz.

Die Beschießung von Paris vor 15 Jahren.

Ueber der Riesenstadt Paris zieht ein herrlicher Frühlingsmorgen auf. Die Straßen beginnen sich mit Menschen zu füllen, die hastig zu ihren Arbeitsstätten eilen, dazwischen aber doch ebenso hastig die Berichte von der deutschen Offensive verschlingen. Es ist der 23. März 1918, u. gestern hat die Offensive der Deutschen begonnen. Zwanzig Minuten nach sieben Uhr morgens kracht in die beginnende Frühlingsherrlichkeit plötzlich eine Explosion am Seinekanal hinein, Metallbruchstücke sausen durch die Luft und zerschlagen einige Fensterscheiben. Neugierige eilen hinzu, es scheint niemand verletzt. Was war geschehen? Kopfschüttelnd über das Unerklärliche ging man weiter.

Bald wäre das Ereignis vergessen gewesen, wenn nicht zwanzig Minuten später vor dem Pariser Ostbahnhof eine zweite Explosion stattgefunden hätte. Das Straßenpflaster wurde meterweit aufgerissen, in die zum Bahnhof drängenden Menschen flogen Steine und Metallstücke, und acht Tote und dreizehn Verwundete blieben am Platz liegen. Man sammelt die noch heißen Bruchstücke und stellt phantastische Mutmaßungen an. In der übrigen Stadt aber hat man nur die Detonationen gehört, die man in Paris gewöhnt ist, und unbekümmert geht das Leben weiter seinen Lauf.

Weiß auch die Oeffentlichkeit nicht recht, worum es sich handelt, so eilen doch Staatspräsident Poincaré, Ministerpräsident Clemenceau und zahlreiche Sachverständige zu den Stätten des Unglücks und stehen trüber Ahnungen den Ereignissen gegenüber. Nur wenig später schicken die Alarmsirenen ihr ohrenbetäubendes Geheul in die Stadt, die sonst nur während der Nacht Fliegeralarm erlebt hat. Dazwischen krachen immer weitere Explosionen. Wenige Minuten nach dem Ertönen der Sirenen gähnt auf allen Straßen und Plätzen Leere, die andauert, bis endlich am Nachmittag Glocken und Hörner das Signal „Alles klar" hinausschicken und zeigen, daß die Beschießung wenigstens vorderhand zu Ende ist.

Was war nun in Wirklichkeit geschehen? Man wußte in Paris, daß die Reichweite der deutschen Kanonen bis auf die Riesenentfernung von 60 Kilometer gesteigert worden war. Aber noch immer betrug die Entfernung der Front von Paris etwa 110 Kilometer, und daß die Deutschen so weit schießen könnten, das ist denn doch zu unglaublich! Die militärischen Sachverständigen aber waren sich inzwischen doch klar geworden, daß es ein riesenhaftes deutsches Geschütz sein mußte, das an diesem 23. März 1918 zum ersten Male seine stählernen, blutigen Grüße in die feindliche Hauptstadt gesandt hatte. Sofort wurde ein weitverzweigter Apparat in Tätigkeit gesetz, der die genaue Stellung des deutschen Geschützes auskundschaften und so die Möglichkeit geben sollte, es zu vernichten. Aber alle Horchposten und ebenso die Fliegeraufklärungen scheiterte, denn, besonders wenn es nach dem Horchposten gegangen wäre, waren es eine ganze Reihe von Geschützen gewesen, von denen der eiserne Gruß stammen konnte. Und die Fliegeraufklärung erbrachte auch nichts weiter, denn man sah im Augenblick des Abschusses an einer ganzen Reihe von Stellen die typischen Rauchwolken schwach aufsteigen.

Schon geraume Zeit vor Beginn der deutschen Offensive war ganz knapp hinter der deutschen Front in einem Hochwald bei Laon ein riesenhaftes Marinegeschütz aufgebaut worden. Dieses Geschütz war das Ergebnis langwieriger Versuche, um die Reichweite des Marinegeschützes auf etwa 120 Kilometer zu steigern. Die „Lange 21 bezw. 23,2 cm. — Kanone" war zwar von der Mitte der Stadt Paris etwa 120 Kilometer entfernt, was ungefähr der Strecke Berlin-Leipzig entspricht. Die Riesenrohre des Geschützes waren 35 m lang, die Erhöhung der Rohre betrug 50 Grad, und die Geschosse erreichten etwa eine Flughöhe von 40 Kilometer. Am 23. März 1918 fiel, nachdem einen Tag zuvor die deutsche Offensive begonnen hatte, der erste und zwanzig Minuten später der zweite Schuß.

Trotz der großen deutschen Vorsichtsmaßnahmen wurden sich die militärischen Sachverständigen in Paris sehr bald klar, daß das unheimliche Geschütz in der Nähe von Laon stehen mußte. Hinter der deutschen Front wurden nämlich eine ganze Reihe von Batterien auf die Sekunde genau mit dem Riesengeschütz gleichzeitig abgefeuert, und daher erklärt es sich auch, warum so wohl die Fliegeraufklärungen, als auch die Horchmessungen versagen mußten. Die Franzosen brachten in fieberhafter Hast schon am zweiten Tag mehrere 30,5 cm-Geschütze kurz hinter ihre Front, aber, obwohl die Beschießung des mutmaßlichen Standorts sofort einsetzte, wurde das deutsche Riesengeschütz nicht getroffen, ja nicht einmal in seiner so furchtbaren Wirkung gestört.

Die Folgen der Beschießung für Paris waren furchtbar. Die Regierung rüstete sich zum Auszug aus der so gefährlichen Hauptstadt, in der in den ersten drei Tagen insgesamt 98 Tote und 133 Verwundete für die Schrecken des Bombardements zeugten. Bis zum 1. Mai verging kein Tag, ohne daß nicht auf viele Stunden alles Leben in Paris erstarb. Am 27. Mai begann, nachdem das unheimliche Geschütz seit dem 1. Maitag geschwiegen hatte, der zweite Abschnitt der Beschießung und damit die furchtbarste Zeit für Paris überhaupt. Von Tag zu Tag wurde die Lage der Alliierten kritischer, die Bevölkerung nicht nur von Paris, sondern in ganz Frankreich, auch soweit es noch nicht besetzt war, war schon fast völlig zermürbt. Tausende und Abertausende verließen in jenen Tagen fluchtartig die Hauptstadt, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn infolge dieser Beschießung mit Paris auch die Alliierten dem Zusammenbruch nahe waren. Bis zum 11. Juni dauerte die Beschießung, und am 15. Juli wurde sie wieder aufgenommen, nachdem das Geschütz noch weiter nach vorn geschafft worden war. Aber hier konnte die Kanone nur noch wenige Schüsse abgeben, dann mußte sie in die alte Stellung zurück, wo die Beschießung bis Anfang August fortgesetzt wurde. Mitte August mußte das Geschütz in Sicherheit gebracht werden.

Noch einmal hatte sich, diesmal endgültig, das Kriegsglück von den Deutschen abgewandt. Foch hatte alles daran gesetzt, um die bisher zurückgehaltenen Amerikaner in den Kampf einzusetzen, und dieser Einsatz war ausschlaggebend für den Zusammenbruch der großen Frühjahr- und Sommeroffensive, von der aus der Weg Deutschlands unerbittlich in den Wald von Compiègne führte. Dennoch aber zeigte die Wirkung des deutschen Ferngeschützes, dem sich bald noch zwei andere zugesellten, über welch glänzende Technik die Deutschen verfügten.

F. L.

Der Landtag bestellte dann noch die Ausschüsse und beendete danach seine erste Sitzung mit der Annahme folgenden Antrags des Abgeordneten Kube:

„Der Landtag nimmt von der durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 ausgesprochenen Absetzung der sogenannten preußischen Hoheitsregierung Kenntnis und billigt sie.

Der Landtag erklärt sich, indem er sich die demnächstige Wahl des Ministerpräsidenten vorbehält, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Staatsgeschäfte durch die vom Herrn Reichspräsidenten eingesetzten Reichskommissare einverstanden."

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung selbst festzusetzen. Am Schluß bringt Abg. Kube ein dreifaches Heil auf den Führer aus, in das die Nationalsozialisten einstimmen.

Ministerpräsidentenwahl im Mai

Die Neuwahl des Ministerpräsidenten ist somit in der ersten Sitzung des neuen Preußischen Landtags noch nicht erfolgt. Wie verlautet, dürfte diese Wahl nunmehr erst Anfang Mai stattfinden. Eine neue Plenarsitzung dürfte bis zu diesem Termin nicht stattfinden.

Korruptions-Verordnung

Berlin, 23. März.

Wie der Reichskommissar für das Land Preußen mitteilt, ist eine Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung beschlossen worden, durch die in der Vergangenheit beobachtete Korruptionserscheinungen unmöglich gemacht werden sollen.

Das Gemeindeverfassungsrecht der Vorkriegszeit enthielt eine Reihe von Vorschriften, die eine von unsachlichen Einflüssen möglichst freie Willensbildung in den gemeindlichen Körperschaften sicherstellen sollten. Diese Vorschriften hatten im wesentlichen den Ausschluß gewisser Personen von der Mitgliedschaft in den gemeindlichen Körperschaften wegen ihrer Amtsstellung oder deswegen zum Ziel, weil sie als Verwandte oder Verschwägerte nicht die hinreichende Gewähr für eine völlig unparteiische Mitwirkung boten. Diese Vorschriften sind durch Verordnungen, die Anfang des Jahres 1919 erlassen worden sind, beseitigt worden.

Da sich in der Folgezeit erwiesen hat, daß die infolge des Fortfalles dieser Vorschriften eintretende Mitwirkung persönlich interessierter oder gebundener Persönlichkeiten sich sowohl in bezug auf die Lauterkeit wie die Sparsamkeit der gemeindlichen Verwaltungen ungünstig ausgewirkt hat, sieht die Verordnung dem Grundgedanken nach die Wiederherstellung dieser früheren Vorschriften des Gemeindeverfassungsrechtes in einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Form vor.

Darüber hinaus sind die Vorschriften, welche Mitglieder der Vertretungskörperschaften bei Interessenkollision von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen, verschärft worden; ferner wird den Vorsitzenden gemeindlicher Vertretungskörperschaften ein unmittelbares Recht zum Ausschluß von Mitgliedern der Vertretungskörperschaften bei grober Ungebühr oder wiederholten Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Bestimmungen gegeben, und schließlich sind die Vorschriften über die Verschwiegenheit von Mitgliedern der Vertretungskörperschaften, gemeindlicher Ausschüsse usw. durch die Androhung von Ordnungsstrafen und Ausschlusses von den Sitzungen verschärft worden.

Umbau der Gewerkschaften.

Der Entwurf zum Gewerkschaftsgesetz fertiggestellt.

— Berlin, 23. März. Wie Berliner Blätter melden, ist im Reichsarbeitsministerium ein Entwurf für die Neuregelung des Gewerkschaftswesens ausgearbeitet worden. Sofort nach Beendigung der kurzen Reichstagsperiode dürfte das Kabinett zusammentreten, um die neue Verordnung über das Gewerkschaftswesen endgültig fertigzustellen.

+

Gewerkschaften wollen mitarbeiten

Berlin, 23. März.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betont in einer dem Reichskanzler zugeleiteten Erklärung seine Bereitschaft, auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken und bezeichnet eine staatliche Aufsicht solcher Gemeinschaftsarbeit als förderlich.

Papen gegen Klerus.

Kirchliches Begräbnis eines SA-Mannes nach Eingreifen des Vizekanzlers v. Papen gestattet.

— Berlin 22. März. Anläßlich der Beerdigung eines in Beuthen gestorbenen SA.-Mannes hatte der dortige Prälat Weisung erhalten, sich des Grabgeleites zu enthalten, da geschlossenen Parteiformationen kein Zutuitt zur Kirche gewährt werden sollte. Der Oberbürgermeister von Beuthen wandte sich telegraphisch an den Vizekanzler von Papen um Intervention beim Fürstbischof von Breslau. Dieser sofort erfolgten Intervention des Vizekanzlers ist es zu verdanken, daß die Beerdigung mit allen kirchlichen Ehren stattfand.

Der Oberbürgermeister von Beuthen sandte folgendes Danktelegramm an den Vizekanzler: eHrzlichen Dank für erfolgreiche Intervention. Beerdigung fand mit Grabgeleit und Grabrede statt, was Auftakt war, daß nationale Feier in geschlossener Einheit verlief. Erste schriftliche Genehmigung ist von der gesamten Bevölkerung außerordentlich begrüßt und dankbar empfunden worden.

Ein kleiner Zwischenfall.

Zentrumsabgeordnete nach Waffen durchsucht.

— Berlin, 22. März. Unter der Ueberschrift „Ein peinlicher Mißgriff" schreibt die „Germania": Als die Mitglieder der Zentrumsfraktion am Dienstag früh vor dem Reichstag die bereitstehenden Autobusse zur Fahrt nach Potzdam besteigen wollten, meldete sich ein Kriminalbeamter, der angeblich den Auftrag hatte, ihn nach Waffen zu untersuchen. Diese Untersuchung sollte angeblich bei allen Abgeordneten erfolgen, die außerhalb der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stehen. Die Zentrumsfraktion setzte sich sofort mit dem preußischen Innenministerium in Verbindung und erfuhr dort, daß ein solcher Auftrag nicht erteilt worden sei. Es liegt also offenbar der peinliche Mißgriff einer untergeordneten Stelle vor, die von der Zentrumspartei ganz merkwürdige Vorstellungen zu haben scheint.

Französische Frechheit.

Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze.

Speyer a. Rhein, 22. März. Aus dem Dorf Hilst (Bezirk Pirmasens) wird ein Grenzzwischenfall gemeldet, der, wenn sich alle Einzelheiten bestätigen, eine schwere Verletzung der deutschen Gebietshoheit darstellt. Danach haben am Dienstag nachmittag zwei berittene französische Offiziere die Grenze überschritten und sind etwa hundert Meter weit in deutsches Gebiet eingedrungen. Bei Einwohnern des Dörfchens Hilst erkundigten sie sich, ob es stimme, daß in Pirmasens große Aufgebote nationalsozialistischer Formationen zusammengezogen worden seien. Darauf zogen sie sich wieder auf französischen Boden zurück. Bei dem Vorgang will man bemerkt haben, daß auf französischer Seite der Grenze ein Maschinengewehr zur Deckung des Vorstoßes der beiden Offiziere in Stellung gewesen sei. Die Regierung der Pfalz hat sofort die nötigen Schritte eingeleitet.

Macdonalds Bericht in Paris

Fortsetzung der Verhandlungen

Paris, 22. März.

Ueber die englisch-französischen Ministerbesprechungen wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

„Auf der Rückreise aus Rom haben der englische Premierminister und der englische Außenminister in Paris Aufenthalt genommen, um den französischen Ministerpräsidenten und den französischen Außenminister über den Charakter ihrer Unterredungen mit Mussolini zu unterrichten. Die englischen und französischen Minister haben einen längeren Meinungsaustausch gepflogen. Die französischen Minister haben ihren Kollegen für die Informationen gedankt, die diese ihnen brachten, und die es ihnen erlauben werden, die ihnen unterbreiteten Vorschläge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Minister der beiden Länder werden binnen kurzem aufs neue miteinander in Verbindung treten. Die französischen Minister haben ihren Wunsch beteuert, daß im Interesse des europäischen Friedens im Rahmen und im Geiste des Völkerbundes eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den vier europäischen Mächten, die ständige Mitglieder des Völkerbundsrates sind, eingeführt werden möge."

Nähere Angaben über den Inhalt des Friedensplanes Mussolinis macht jetzt der französische Mitarbeiter des „Daily Telegraph". Danach soll der erstrebte Vertrag für zehn Jahre abgeschlossen werden und die Mächte verpflichten, zur Erhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten. Anderen Mächten soll der Beitritt gestattet sein.

Hinsichtlich der Revisionsfrage soll in dem Abkommen zum Ausdruck gebracht werden, daß die Revision der Friedensverträge erstrebt werden muß. Zum anderen sollen England, Frankreich und Italien erklären, daß die Zeit gekommen ist, um die Deutschland im Dezember grundsätzlich zugestandene Gleichberechtigung in die Praxis umzusetzen. Oesterreich, Bulgarien und Ungarn sollen ähnlich behandelt werden.

Im übrigen sollen noch einheitliche Richtlinien für die Behandlung kolonialer Fragen aufgestellt werden.

Göring preußischer Ministerpräsident?

Berlin, 23. März.

Der preußische Pressedinst der NSDAP. veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten soll spätestens am 2. Mai stattfinden. An diesem Tage wird die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten wählen. Durch die mit größerer Mehrheit am 22. März angenommene Geschäftsordnungsänderung ist die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten sichergestellt. Die 211 Nationalsozialisten starke Fraktion ist allein in der Lage, ohne die Hilfe einer anderen Fraktion in Anspruch zu nehmen, einem Nationalsozialisten zum Siege zu verhelfen. Wie wir hören, kommt Reichsminister Pg. Göring als Ministerpräsident in Frage."

Deutsch-tschechische Verhandlungen. Die tschechische Regierung hat die Einladung der Reichsregierung zur Eröffnung von Verhandlungen über die Regelung des Zahlungsverkehrs angenommen. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen, wahrscheinlich in Prag, eröffnet werden.

Verschiedenes.

Der **Geländesport** wird innerhalb des „Eichenkreuzes" schon seit längerer Zeit, und zwar in enger Verbindung mit den Schulungsplänen des „Deutschen Jahres" durchgeführt. Als Ergänzung dazu beabsichtigen die evangelischen Jungmännerbünde im Frühjahr bezw. Sommer 1933 an 15 Stellen des Reiches in dazu besonders geeigneten Geländen und zum Teil in Anlehnung an ihre großen Jugenderholungsheime und Jugendburgen besondere Geländesportlehrgänge durchzuführen. Die Dauer derselben schwanken zwischen 7 und 14 Tagen. Der Lehrgang ist im allgemeinen auf 25—30 Teilnehmer beschränkt. Nähere Auskunft erteilen die Geschäftsstellen der Jungmännerbünde.

+

Der Reichsturnrat des Eichenkreuz ist durch seinen Vorsitzenden, Reichswart D. Stange, für den 25.—26. 3. zu einer ordentlichen Jahrestagung in die Eichenkreuzlehranstalt nach Kassel-Wilhelmshöhe einberufen worden. Die Tagungen erhalten dadurch eine besondere Bedeutung, daß auch der Bundeswarttag der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands gleichzeitig tagen wird, um vor allem die Fragen des Geländesports, denen ein ganzer Beratungstag gewidmet sein wird, gemeinsam mit den verantwortlichen Führern der Eichenkreuzarbeit durchzusprechen. Im übrigen sieht die Tagesordnung die Stellungnahme des Eichenkreuz zu den Deutschen Kampfspielen in Nürnberg 1934 und die Vorbereitungen für die Beteiligung des Eichenkreuz an der 14. Evangelischen Jungmännertagung Deutschlands zu Pfingsten 1934 in Düsseldorf vor, während das Eichenkreuz bekanntlich den Olympischen Spielen seit langem ablehnend gegenübersteht und diese Stellungnahme auch bei seiner jetzigen Beratung unzweifelhaft nachdrücklich erneuern wird. Es versteht sich von selbst, daß außerdem noch eine Fülle von technischen Fragen im Kreise der dafür besonders zuständigen Bundesturnwarte des Eichenkreuz zur Verhandlung kommen wird, so insbesondere die Stellungnahme zu neuen Handballregeln und die Erfahrungen mit dem Kreis A (Leibesübungen) innerhalb des „Deutschen Jahres", das jetzt bekanntlich weithin als Pflichtjahr im evangelischen Jungmännerwerk Deutschlands durchgeführt wird.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **„Aufwärts"**.

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Fabrikneues
Hörügel-Harmonium
10 Register
sowie ein gebrauchtes gut erhaltenes
Piano
gegen Kasse spottbillig abzugeben. Volle Garantie, auch gegen Teilzahlung.
Festing, Bielefeld,
Arndtstraße, Nähe Bahnhofstraße

Bausparbrief
(Gem. der Freunde, 20000 RM, eingez. rd. 2000 RM) zu verkaufen für 1600 RM. Gefl. Zuschriften an d. Geschäftsst. d Bl. unt A3184.

Evangel. Kinder
verwaist od. aus anderem Grunde, finden liebevolle ernste Betreuung bei einem **Rektor i. R.** Anfragen unter W. K. 933 durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Leistungsfähige Tee-Import-Firma vergibt an
tüchtige Persönlichkeit
den Vertrieb ihrer hervorragenden Spezialsorten. **Gute Verdienstmöglichkeit.** Angebote mit Referenzen unter 2498a an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Freude ins Haus
bringt ein **Photo-Apparat!**
Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten

Aluminium-Geschirre
für Küche und Tisch
Sowie die bei uns selbst angefertigten
Korbwaren, Sessel und Tische
Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.